

Dicke Post für Uni-Rektorin

Die Gewerkschaft VPOD will die Bedingungen für den Mittelbau verbessern.
bz- Zeitung für die Region Basel, 3.4.2024

Benjamin Wieland

Die Arbeits- und Anstellungsbedingungen des Mittelbaus an der Universität Basel seien nicht tragbar – das beklagen Betroffene schon lange. Nun will die gewerkschaftliche Basisgruppe Mittelbau Unibas des VPOD den Druck auf die Uni-Leitung erhöhen: Es sei eine Stellungnahme zuhänden des Rektorats in Arbeit. Das kündigt die Basisgruppe in einer E-Mail an ihre Mitglieder an. Die älteste Universität der Schweiz zählt rund 2700 Doktorierende und 500 Postdoktorierende. Sie bilden den sogenannten Mittelbau und haben mit ihrer Lehr- und Forschungstätigkeit eine wichtige Rolle im Hochschulbetrieb inne.

Die Liste der im Grunde längst bekannten Probleme des akademischen Mittelbaus sei lang, heisst es in der erwähnten Mitteilung. Aufgezählt werden

befristete Verträge, unbezahlte Überstunden, zu wenig Zeit für die eigene Forschung und «persönliche Abhängigkeiten von den übermächtigen Professoren» oder von den wenigen Professorinnen.

Während jedoch an anderen Hochschulen längst etwas geschehen sei, heisst es im Schreiben weiter, spiele die Universität Basel auf Zeit. So habe das Rektorat die angekündigte Mittelbaureform an der Philosophisch-Historischen Fakultät wieder gestoppt, eine gesamtuniversitäre Reform sei keine in Sicht. «Damit sind wir nicht einverstanden!»

Assistierendenvereinigung schlägt Verbesserungen vor

Das Rektorat behaupte, schreibt die im Herbst 2021 gegründete Basisgruppe Mittelbau, dass das Budgetdefizit der Universität eine Reform verunmögliche. Im Klartext heisse das: Für bessere

Arbeitsbedingungen gäbe es kein Geld. «Das riecht nach bequemem Scheinargument.»

Im Entwurf zur Stellungnahme, die sich an Rektorin Andrea Schenker-Wicki und Vize-Rektorin Nadja Braun Binder richtet, heisst es, Braun Binder habe gegenüber der Assistierendenvereinigung Avuba Aussagen gemacht, welche Anlass zur Sorge böten. So sei an einer Vorstandssitzung von Avuba im vergangenen Januar bekanntgeworden, es sei keine Umsetzung einer Mittelbaureform in den kommenden Jahren zu erwarten. Die Assistierendenvereinigung setze nun auf Massnahmen, die keine Kosten auslösen.

Uni Basel: Massnahmen dürfen nichts kosten

Die Uni steht unter Kostendruck. Die Rechnung 2022 – jene des Jahres 2023 liegt noch nicht vor – schloss mit einem De-

fizit von fast 24 Millionen Franken ab. Das Rektorat sei offen für eine kostenneutrale Mittelbaureform, sagt Uni-Mediensprecher Matthias Geering zur bz: «Entsprechende Vorabklärungen sind im Gang.» Damit Rechtssicherheit hergestellt werden könne und um die Doktorierenden beziehungsweise Postdoktorierenden aller Fakultäten gleichzubehandeln, solle die Reform jedoch nicht nur eine einzige Fakultät betreffen.

Weitergehende Massnahmen, wie die Philosophisch-Historische-Fakultät sie für die Leistungsperiode 2026-2029 beantragt habe, seien auf entsprechende Ressourcen angewiesen. «Da die Universität die Gespräche mit den Trägerkantonen noch nicht führen konnte», fügt Geering an, «wissen wir zum heutigen Zeitpunkt nicht, ob diese Ressourcen zur Verfügung stehen werden.»